

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.04.2022

Inhalt

EWN

1 Sellering wehrt sich gegen Klimastiftung-Urteil <i>nordkurier.de, 11.04.2022</i>	3
2 In Zukunft mehr Atomkraft <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.04.2022</i>	4

Sellering wehrt sich gegen Klimastiftung-Urteil

In einem Urteil wurde die maßgeblich durch Gelder aus russischen Gasgeschäften finanzierte Stiftung dazu verpflichtet, weitergehende Auskünfte zur Unterstützung von Nord Stream 2 zu geben.

Schwerin. Nach dem Urteil des Landgerichtes Schwerin zur Auskunftspflicht der umstrittenen Klimastiftung MV will deren Vorstandsvorsitzender Erwin Sellering (SPD) einem Bericht zufolge vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Berufung gehen. „Gegen den Beschluss des Landgerichts wird nach Eingang umgehend Beschwerde eingelegt werden. Eine Stiftung des Privatrechts kann nicht wie eine GmbH oder AG behandelt werden“, sagte der ehemalige Ministerpräsident am Montag der Schweriner Volkszeitung (SVZ) zufolge.

In dem Urteil vom vergangenen Freitag wurde die maßgeblich durch Gelder aus russischen Gasgeschäften finanzierte Stiftung dazu verpflichtet, weitergehende Auskünfte zur Unterstützung der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 zu geben. Entscheidend für das Urteil war demnach, dass durch die Stiftung öffentliche Aufgaben mit öffentlichen Mitteln

wahrgenommen wurden und aus Sicht der Kammer ein beherrschender Einfluss der Landesregierung besteht. Das Urteil des Gerichts ist jedoch noch nicht rechtskräftig.

Wie die Zeitung „Welt am Sonntag“ auf Grundlage von internen Unterlagen aus der Schweriner Staatskanzlei berichtete, sollen sich sowohl die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), als auch Teile der Landesregierung zwischen 2020 und 2021 für die Fertigstellung der Gaspipeline einspannen lassen haben.

Die Zeitung zitiert – aus den fast 1000 Seiten umfassenden Unterlagen – einen Manager der Nord Stream 2 AG im Jahr 2020 mit den Worten: „Gestatten Sie mir noch folgende Anmerkungen: [...] Wir sollten versuchen, die Stiftung mit einem Augenzwinkern als „smarte Antwort“ auf das Hardliner-Gebaren der USA zu positionieren.“

📰 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 12.04.2022 | S. 15

📄 Auflage: 210.695 | Reichweite: 940.692

👤 Philip Plickert

In Zukunft mehr Atomkraft

In Großbritannien gibt es keine nennenswerte ideologische Opposition gegen Atomkraft.

London. Die neue britische Energiesicherheitsstrategie verstärkt die Rückkehr der Kernenergie in wichtigen Ländern. Regierungschef Boris Johnson stellt Atomkraft und Windkraft auf See in den Mittelpunkt seiner Strategie. Der Anteil von Atomstrom soll von heute 16 Prozent langfristig auf 25 Prozent steigen. Das Ziel, 24 Gigawatt zur Jahrhundertmitte, entspricht dem Neubau acht großer Kernkraftwerke, wobei London auch auf die neuartigen kleineren AKWs in Modulbauweise hofft, die Rolls-Royce entwickelt hat.

Großbritannien ist nur ein Beispiel für die globale Renaissance der Kernkraft. In China sind mehr als hundert Kernkraftwerke in Planung oder im Bau. Auch US-Präsident Biden setzt weiter auf Kernkraft. Frankreichs Präsident Macron stellt den Bau von bis zu vierzehn AKWs in Aussicht, in Belgien hat die Regierungskoalition, unter Einschluss der Grünen, jüngst eine Verlängerung der Laufzeiten um zehn Jahre beschlossen. Deutschlands Ampelkoalition wirkt wie ein energiepolitischer Geisterfahrer, wenn sie selbst jetzt - trotz Russland-Importproblematik und absehbarer Energielücke - stur am Atomausstieg festhält. In London kann man kaum verstehen, dass Berlin die letzten drei Atomkraftwerke zum Jahresende abschalten will.

In Großbritannien gibt es keine nennenswerte politische Opposition gegen Atomkraft. Auch Labour ist dafür, eine ideologische grüne Partei existiert nicht. Die Briten sind in Sachen Atomenergie pragmatisch. Allerdings muss man über die Kostenrisiken der Neubauten streiten. Hinkley Point C wird teurer als gedacht, der garantierte Stromabnahmepreis ist zu hoch. Auch Sizewell B an der Ostküste droht teuer zu werden. Ob die "Small Modular Reactors" von Rolls-Royce wirklich so viel günstiger wären, ist nicht erwiesen. Aber immerhin liefern Kernkraftwerke grundlastfähigen und CO₂-armen Strom. Daher will London darauf nicht verzichten, nachdem man aus Kohle fast komplett ausgestiegen ist.

Das zweite Standbein der Energiestrategie werden Offshore-Windparks, die bis 2030 sogar auf 50 Giga-

watt ausgebaut werden sollen. Schon heute liefern Windparks wie Hornsea I, der aktuell größte der Welt, genügend Strom für mehr als eine Million Haushalte. Die Insel besitzt einen großen natürlichen Vorteil, weil in Nordsee und Irischer See der Wind so kräftig bläst wie sonst kaum in Europa. Tausende Turbinen weit vor der Küste liefern durchschnittlich gut ein Fünftel der Stromversorgung. Vergangenes Jahr herrschte indes mehrere Monate lang Flaute, der Windstrom fiel deutlich ab. Da war man froh, dass Kernkraft als Rückgrat der Strom-Grundlast zur Verfügung steht.

Johnsons Regierung vergibt dieses Jahr auch neue Öl- und Gasförderlizenzen in der Nordsee. Das regt Umweltgruppen auf, ist aber vernünftig. Das Königreich will zumindest zum Teil von Importen unabhängig bleiben. Mehr als die Hälfte des Gasverbrauchs stammt aus eigener Förderung. Anders als in Deutschland sind Gasimporte aus Russland mit nur drei Prozent Anteil vernachlässigbar und leicht zu ersetzen.

Kritiker der neuen britischen Energiestrategie monieren zu Recht, dass sie den Haushalten, die unter rasant steigenden Energierechnungen leiden, kurzfristig kaum Entlastung bringt. Neue Kernkraftwerke werden frühestens in den Dreißigerjahren ans Netz gehen. Planung, Genehmigung und Bau großer Offshore-Windparks dauern lange, bis zu dreizehn Jahre. Johnson will die Zeit mit beschleunigten Verfahren halbieren. Labour würde gern auch mehr Windräder an Land bauen. Das wäre kurzfristig möglich und billig. Wirtschafts- und Energieminister Kwasi Kwarteng wollte Ausbauziele für Onshore-Windparks einführen. Doch Johnson hat das abgeblockt. Es gibt lokale Widerstände und eine Abwehrhaltung in der Tory-Fraktion. Gegner befürchten, dass Landschaften mit kathedralenhohen Windturbinen vollgestellt werden, wie das in Teilen Deutschlands der Fall ist, wo Landschaftsschutz unter die (Wind-)Räder kommt.

Ein großes Manko der Londoner Energiestrategie ist, dass sie eine naheliegende Sparmaßnahme ignoriert: die bessere Dämmung der Häuser. Millionen Altbau-

ten, aber auch viele Neubauten haben zu dünne Außenwände und schlecht isolierte, zugige Fenster. Bessere Dämmung könnte die Heizkosten und Emissionen deutlich reduzieren. Man muss nicht die Methoden der "Insulate Britain"-Straßenblockierer guthei-

ßen, um ihr Ziel einer besseren Isolierung als vernünftig anzuerkennen. Johnson sollte seine Energiestrategie dringend um solche Entlastungsmaßnahmen ergänzen.